

nicht zerstreut, auch wenn nun doch ein Umweltverband einen Platz in der Kommission einnimmt. Es geht den Gorleben-Befürwortern in der Industrie und in der Politik um eine nachträgliche Akzeptanzbeschaffung und nicht um einen ehrlichen Neubeginn bei der Atommülllagerung.“

Kommentar

Im November 2013 hatte die Mitgliedervertretung des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) ihren Bundesvorstand in dem Beschluß unterstützt, nicht an der „Endlager-Kommission“ nach dem Standortauswahlgesetz teilzunehmen, weil das Gesetz keinen Erfolg bei der Suche nach einem sachgerechten und vernünftigen Umgang mit dem Atommüll verspricht. An dem Gesetz hat sich seitdem nichts geändert, jedoch konnte staunend beobachtet werden, mit welcher Geschwindigkeit dieser Beschluß der Basis mit Hilfe eines Funktionärsremiums in sein Gegenteil verkehrt wurde. Begründet wurde das mit dem Wunsch, nicht nur *von außen*, sondern auch *von innen* den Gang der Dinge zu beeinflussen. Das suggeriert das Bild eines Innenkreises (der Macht), den „die Menschen“ (Angela Merkel) von außen umgeben und zu ihm aufschauen. Daß dieses Bild stimmt, darf angesichts jahrzehntelang fortgesetzter Täuschungen, die nicht nur örtliche Initiativen von Seiten der Politik und der Verwaltungen erfahren haben, bezweifelt werden. Tatsächlich steht das „ancien regime der Politikerpolitik“ (Reinhard Ueberhorst) außerhalb im Abseits.

„Es lässt sich zeigen, dass alle erkennbaren Dissens und Konflikte im Feld der Atommüllpolitik immer auch unterschiedlichen Demokratie- und Politikverständnissen und unterschiedlichen Verständnissen vom richtigen Umgang mit komplexen Kontroversen zugeordnet werden können. Wir treffen auf diverse kon-

troverse atommüllpolitische Positionen und mit ihnen auch auf sehr unterschiedliche Vorstellungen, wie die Prozesse strukturiert werden sollten, mit denen eine umsetzbare Atommüllpolitik erreicht wird. Eine davon ist das Modell der Politikerpolitik des StandAG. Eine, nur eine, auch wenn es auf dem Vorblatt hieß ‚Alternativen: Keine‘. Wir streiten also mit Leuten, die ihre Politik für alternativlos halten. Das ist uns in der Geschichte der Kernenergiepolitik vertraut.“ Darauf wies der frühere Berliner Umweltsenator Reinhard Ueberhorst, 1979/80 Vorsitzender der ersten energiepolitischen Enquete-Kommission, am 29. März 2014 in seinem Vortrag auf der Atommüll-Tagung der Umweltverbände und Anti-Atom-Organisationen in Berlin hin. (Die von Ueberhorst geleitete Kommission hatte damals erstmals aufgezeigt, daß Atomenergie für eine sichere Stromversorgung nicht notwendig wäre. Sie wurde deshalb anschließend von der Politik ignoriert.)

Ueberhorst typisiert die derzeit noch vorherrschenden drei politischen Denkweisen wie folgt:

I. demokratische gesellschaftliche Verständigungsprozesse, orientiert an Verständigungsaufgaben, die zusammen mit WissenschaftlerInnen systematisch erarbeitet werden.

II. transformative Wissenschaft, die der Wissenschaft eine stärker führende, tendenziell stärker entscheidende Rolle zuschreiben (Kammer, Vetorecht gegenüber dem Deutschen Bundestag in zukunftspolitischen Themenfeldern) und viel Partizipation.

III. Weiter so, aber mit mehr Partizipation über VertreterInnen gesellschaftlicher Gruppen (die etwas einbringen sollen, was sie nicht mitbringen können) und viel Bürgerbeteiligung in Form einer Zielerreichungsbeteiligung mit

viel Unterrichtung, viel Gelegenheiten zu Stellungnahmen, die durch Ämter ausgewertet und nach Gusto der Ämter berücksichtigt werden (vgl. §9 StandAG).

Wie Denkweise III liest Ueberhorst das Modell der StandAG-Konzeption. Dafür sieht er folgenden Verlauf voraus: Der StandAG-Prozess wird wie beschlossen durchgezogen („vertraut uns“). Die Umweltverbände begleiten diesen Arbeitsprozess mit kritischer Aufmerksamkeit und vermitteln diese öffentlich für nicht gestellte Fragen, nicht geleistete Prozesse der rationalen Aufbereitung politisch bewertungsbedürftiger und bewertbarer technischer Alternativen, für irrationale, willkürliche Entscheidungen, denen der Vorlauf gesellschaftlicher Willensbildung fehlt, versäumte gesellschaftliche Rückkopplungsprozesse und nicht rational erarbeitete Standortentscheidungen. In der öffentlichen Konfrontation dieser Beiträge aus den Umweltverbänden und anderen zivilgesellschaftlichen Gruppen und der Arbeit der Kommission, die mit den Einwänden nicht gut werden können, entsteht über kurz oder lang vor Ende einer irrtümlich aufgenommenen Kommissionsarbeit eine neue Situation, in der dann verspätet umgedacht wird. Oder: Spätestens im Jahr 2016 wird deutlich, dass wir vor einer Revitalisierung gesellschaftlicher Widerstandsprozesse gegen staatliche Endlager-Planungen stehen.

Th.D.

Es lohnt sich, den 24-seitigen Text von Reinhard Ueberhorst in voller Länge zu lesen: Reinhard Ueberhorst: Demokratische Atommüllpolitik – was wäre das? DNR-Atommüll-Tagung, Berlin 28./29.3.2014 <http://umweltfairaendern.de/wp-content/uploads/2014/04/Demokratische-Atommüll-Politik-Variante-IIa.pdf> ●

Atommüll

Sofort 40 Stellen für das neue Bundesamt für kerntechnische Entsorgung

Gorleben im Reißverschluß – wie sich die Politik die Endlagersuche vorstellt

Im Entwurf für den Bundeshaushalt 2014 sind für das Bundesamt für kerntechnische Entsorgung (BkE) 40 Stellen vorgesehen. Statt die Arbeitsergebnisse der Endlagerkommission abzuwarten, nimmt das BkE die Arbeit auf und ist im Kern mit den gleichen Fragestellungen befaßt wie die Kommission, kritisiert die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (BI). Sie hatte wiederholt auf diesen „Webfehler“ des Standortauswahlgesetzes (StandAG) hingewiesen und die Bundesumweltministerin Barbara Hendricks (SPD) gebeten, die Arbeit des neu geschaffenen Bundesamtes zurück zu stellen, um nicht Fakten zu schaffen, die die Kommissionsarbeit absurd erscheinen lassen.

Punkt zwei der Grundsatzkritik der BI war und bleibt das Festhalten an Gorleben als möglichem Endlagerstandort. „Das Reißverschlussprinzip pro und contra Gorleben findet sich nun bis in die Spitze der Kommission verwirklicht, mit der Doppelbesetzung des Kommissionsvorsitzes mit der CDU-Politikerin Heinen-Esser und den SPD-Mann Michael Müller. „So wird das nichts mit einem Neustart der Endlagersuche“, prophezeit BI-Sprecher Wolfgang Ehmke. ●